

Links & aktuell

DIE LINKE.Stadtverband Magdeburg

Ausgabe 06

27. März 2009

Aufruf 24-Stunden-Wahlkampf am 06.06.2009

Liebe MitstreiterInnen
und GenossInnen,

die Vorbereitungen zu den Wahlen am 7. Juni und 27. September 2009 sowie auf kommunaler Ebene an weiteren Terminen laufen auf Hochtouren. Eva von Angern, Stadtvorsitzende DIE LINKE Magdeburg, veranstaltet am 06.06.2009 anlässlich des 24-Stunden-Wahlkampfes einen „Wahlkampfumzug“ nach amerikanischem Vorbild. Geplant ist ein Fahrzeug-Konvoi mit vielen geschmückten Autos, Musik und Lautsprecheranlagen. Benötigt werden große offene Fahrzeuge(mit Anhänger), Pkw`s und alles was Aufsehen erregt. Natürlich hoffen wir auf so viel Beteiligung wie möglich. Wer Ideen, Hinweise oder auch Lust zum Mitwirken hat meldet sich bitte bei

Ines Sedlick Tel:
0176/64906832 Mail:
ines-sed@web.de oder
bei Eva 0175/4236226.

Redaktionsschluss für die Ausgabe Nr. 7 von Links&aktuell ist der **03.04.09**.

Beiträge können zu den Sprechzeiten des Stadtvorstandes abgegeben werden. Oder per Mail:

linksundaktuell@die.linke-magdeburg.de

Der Stadtvorstand ist unter folgender E-Mail Adresse erreichbar:

stadtvorstand@die.linke-magdeburg.de

Achtung

Die nächste Ausgabe von „links & aktuell“ erscheint bereits am **Donnerstag, den 9. April 2009**.

Am Freitag ist Feiertag.

Das KIZ ist am Donnerstag bis 12:00 Uhr geöffnet.

Das Problem ist nicht Herr SELLERING – es ist der Kampfbegriff „Unrechtsstaat“

Zu Äußerungen des Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern Erwin Sellering zum Thema „Unrechtsstaat DDR“ und entsprechenden politischen Reaktionen erklärt der Vorsitzende der Fraktion Wulf Gallert:

„Ministerpräsident Sellering wird nun heftig gescholten, dies aber zu Unrecht, und dass regierungsamtlich. Das Mitglied des Deutschen Bundestages Gesine Löttsch befragte im Oktober 2008 die Bundesregierung zum Thema „Unrechtsstaat“ und erhielt folgende bemerkenswerte Antworten: „Den Begriff ›Unrechtsstaat‹ gibt es im Völkerrecht nicht.“ Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags erklärte: „Eine wissenschaftlich haltbare Definition des Begriffs ›Unrechtsstaat‹ gibt es weder in der Rechtswissenschaft noch in den Sozial- und Geisteswissenschaften.“ Und weiter: „... es (geht) zumeist darum, die politische Ordnung eines Staates, der als Unrechtsstaat gebrandmarkt wird, von einem rechtsstaatlich strukturierten System abzugrenzen und moralisch zu diskreditieren.“ (s. auch Neues Deutschland, 06.12.2008, S. 1) Im Gegensatz zu anderen – auch und gerade der CDU – stellt sich DIE LINKE wie seinerzeit die PDS – der Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte. Und es wurde oft genug betont: Die DDR war kein Rechtsstaat, dies lässt sich hinlänglich und vielfach belegen.

Der Begriff „Unrechtsstaat“ allerdings taugt offenbar nicht zur Charakterisierung der DDR, schon, weil er jeglicher belastbarer Grundlage entbehrt. Es handelt sich um einen ideologischen Kampfbegriff, und er wird auch so verwandt. Hier ist Ministerpräsident Böhmer mit seinen heutigen Äußerungen in der Leipziger Volkszeitung ausdrücklich zuzustimmen.

Was immer sich die, die gerade jetzt, im Jahr 2009 durch die Lande und durch die Medien ziehen und alles auf die einfache Erklärung „DDR = Unrechtsstaat“ reduzieren wollen, von ihrem Tun versprechen mögen – sie argumentieren bewusst irreführend, wollen verschleiern statt aufklären.

Aber wem soll es nutzen, wenn jetzt der ideologische Klassenkampf á la CDU fröhliche Urständ feiert? Denkende Menschen in Ost und West schütteln die Köpfe und wenden sich ab. Auch so wird Politik diskreditiert.

Gerade das Jahr 2009 mit seinen vielen Jahrestagen sollte Anlass genug sein, mit diesem unseligen Treiben endlich aufzuhören und statt dessen die getrennte wie die gemeinsame Geschichte in Deutschland nach 1949 ernst zu nehmen, vor allem und zuerst der Menschen wegen, die hier leben und gelebt haben. Ihr Anspruch, dass ihnen Gerechtigkeit widerfahren möge, darf nicht mit kleinlichen ideologischen Attacken ad absurdum geführt werden.“

Magdeburg, 24. März 2009

	Am 8.4.2009 14:30 Uhr Mitgliederversammlung OV Nördliche Altstadt Kühleweinstraße Solidus Am 16.4.2009 10:00 Uhr GBM Ebendorfer Straße 3 Büro Stadtvorstand 15:00 Uhr Mitgliederversammlung OV Stadtfeld Olvenstedter Straße BUND Gast: Uwe Bitter 16:00 Uhr Mitgliederversammlung BO Zentrum Süd Leiterstraße 2 Linkskurve
	Termine Am 29.3.2009 10:00 Uhr Mitgliederversammlung BO Kannenstieg J.-R.-Becher-Straße 57 Bürgerhaus Am 30.3.2009 16:30 Uhr Mitgliederversammlung BO MF Buckau Olvenstedter Straße BUND Am 7.4.2009 17:00 Uhr Mitgliederversammlung OV Friedenshöhe Altenbetreuungszentrum des ASB Florian-Geyer-Straße 55 Thema: Vorbereitung EU- und Kommunalwahl Gast: Frank Theile Information des Stadtvorstandes Während der Sprechzeiten mittwochs 9:30 – 12:00 und freitags 9:30 – 12:00 Uhr, können auch Informations- sowie Wahlkampfmaterialien bei der Genossin Monika von Angern in der Ebendorfer Straße 3, 1. Etage, in Empfang genommen werden. Zur Unterstützung des Autokorsos zum Ostermarsch am Ostermontag besteht die Möglichkeit, mit dem Bus ab Busbahnhof ab 10:30 Uhr mitzufahren. Interessierte melden sich bitte in der Linkskurve und dem jetzigen Wahlkreisbüro von Eva von Angern in der Leiterstraße.

„Ein Schutzschirm für die Menschen!“ – Mach mit!
Die Finanzkrise wird zur realen Bedrohung für Millionen Menschen

Es ist zu befürchten, dass die Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten dramatisch ansteigen wird. Aus der Finanzkrise ist eine globale Wirtschaftskrise geworden. Der Anstieg der Arbeitslosenzahl um rund 400.000 im Januar 2009 war nur ein kleiner Vorgeschmack, auf das, was im Laufe des Jahres droht. Die Finanzmarktkrise wird so zu einer realen Bedrohung für Millionen Menschen in Deutschland und bei vielen Menschen herrscht zu Recht große Unsicherheit vor über das, was auf sie zukommt. Wenn die Politik nicht konsequent umsteuert, werden die Folgen ein weiterer massiver Anstieg der Arbeitslosigkeit und ein massiver Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen sein. Von den anderen Parteien werden die Konsequenzen der Krise jedoch nur schrittweise eingestanden. Dies steht in einem scharfen Kontrast zu den milliardenschweren Rettungspaketen für die Banken. Doch mit dem sprunghaften Ansteigen der Arbeitslosenzahlen ist ein kollektiver Schock in der Bevölkerung zu erwarten.

Unsere Antwort: „Ein Schutzschirm für die Menschen!“

DIE LINKE muss sich auf diese Situation vorbereiten. Wir müssen versuchen, die zu erwartende Schockwirkung, die von den steigenden Arbeitslosenzahlen ausgeht, in eine politische Mobilisierung zu kanalisieren. Wir müssen verhindern, dass der Schock in Apathie umschlägt oder alte und neue Nazis davon profitieren. Dabei haben wir gute Ausgangsbedingungen: Wir sind die einzige Partei, die sich konsequent für den Schutz von Arbeitnehmer/innen, Rentner/innen, Erwerbslose und ihren Familien einsetzt – auch in Zeiten der Krise. Wir wollen nicht, dass die kleinen Leute die Zeche für die Finanzkrise zahlen. Unsere Antwort auf die gegenwärtige Krise lautet daher: Wir wollen einen Schutzschirm für die Menschen – statt einem Schutzschirm bloß für Banken und Konzerne. Ein Schutzschirm für die Menschen, das heißt konkret:

- Für ein Verbot von Massenentlassungen aufgrund der Finanzmarktkrise und für Belegschaftsbeteiligungen und mehr Mitbestimmung der Beschäftigten,
- Arbeitszeitverkürzung statt Arbeitsplatzabbau
- Schaffung von mindestens 1.000.000 Arbeitsplätzen durch öffentliche Beschäftigungsprogramme,
- Verlängerung des Bezugszeitraumes des Arbeitslosengelds I,
- Erhöhung des Arbeitslosengelds II.

Aktion vor Arbeitsämtern und Betrieben

Am 12.03. haben die ersten Aktionen für "Schutzschirm für Menschen" an über 30 Orten stattgefunden. Da dieser Tag erst auf dem Parteitag in Essen geplant und bekanntgegeben wurde, ist die Resonanz super. Hervorzuheben ist auch, dass es in Bezug auf die Aktivierungen erste Erfolge zu verzeichnen gibt. Die Idee hinter den Aktionen ist, dass wir Leute zum Mitmachen erreichen. In Frankfurt haben direkt bei der Aktion acht Leute ein Aktivierungsformular ausgefüllt, welche wiederum direkt zu einem Aktiventreffen eingeladen wurden. ... und darum geht es.

Jetzt bauen wir die nächste Schutzschirm-Aktion auf. Am 31.03., also 3 Tage nach der Demo "Wir zahlen nicht für eure Krise", wollen wir dann erneut vor Arbeitsämtern und Betrieben stehen, dann bundesweit mehr als 60 Orte abdecken...

Auch wir werden uns beteiligen.

Das Ganze ist langfristig angelegt, und wir sollten versuchen, immer wenn die Arbeitslosenzahlen verkündet werden (30.04./28.05./30.06./30.07./01.09./30.09.) vor Arbeitsagenturen und/oder Betrieben zu stehen.

Für die bevorstehenden Aktionen benötigen wir die Unterstützung von Genossinnen und Genossen. Wir werden von 8.00 bis 12.00 Uhr vor der Arbeitsagentur in der Hohepfortestraße 37 stehen, am Nachmittag sind wir dann in der Innenstadt am McDonalds von 14.00 bis 16.30 Uhr aktiv. Wer uns unterstützen kann und für eine Stunde am Stand zur Verfügung steht, kann sich beim Stadtvorstand melden. Am besten mit Zeltangaben.

Dennis Jannack

Solche Boykott-Aufrufe sind absurd

Das Forum demokratischer Sozialismus unterstützt die Erklärung des Parteivorstands der LINKEN:

Solche Boykott-Aufrufe sind absurd

Eine Lösung des Nahost-Konflikts, die beiden Seiten gerecht wird, ist mit Boykottaufrufen gegen israelische Waren nicht zu erreichen. Solche Boykottaufrufe verbieten sich vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und treffen die Zivilbevölkerung, vor allem die israelischen und arabischen Beschäftigten, die für eine verfehlte Politik ihrer Regierung nicht in Kollektivhaft genommen werden dürfen.

Wir unterstützen die Forderung von amnesty international nach dem Stopp aller Waffenlieferungen nach Israel und an die Hamas und teilen auch deren Vorwürfe gegenüber Israel und der Hamas. Die Kriegs- und Blockadepolitik der israelischen Regierung gegen den Gaza-Streifen verdient ebenso internationale Kritik wie der fortgesetzte Raketenbeschuss Israels durch die Hamas. Dabei geht es um eine Kritik an der Verletzung des Völkerrechts durch beide Seiten. Gerade wenn wir kritisieren, dass die Bevölkerung im Gaza-Streifen durch die israelische Regierung mit der Schließung der Grenzübergänge in Kollektivhaft genommen wird, schließt sich für uns ebenso selbstverständlich aus, die israelische Bevölkerung in eine solche Haft zu nehmen. Wer die Waffen zum Schweigen bringen und einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten mit zwei souveränen, sich gegenseitig respektierenden und lebensfähigen Staaten Israel und Palästina will, muss für Verhandlungen mit allen Beteiligten eintreten und den Menschen Perspektiven in Wohlfahrt und Sicherheit eröffnen. Ein Boykott gegen eine Bevölkerung ist dafür die denkbar schlechteste Voraussetzung.

Nachruf

Wir nehmen Abschied
von unserem langjährigen
Genossen Leopold Schneider,
der im 76. Lebensjahr von uns
gegangen ist.
Wir werden ihn in Ehren bewahren.
Die Mitglieder der Basisorganisation
Milchweg

Wir trauern um unseren lieben
verdienstvollen Genossen
Günter Kahle
geb. 05.01.1930
gest. 14.03.2009
Basisorganisation Curiesiedlung

Wir erhielten die traurige Nachricht,
dass unsere langjährige Genossin
Lisa Bleier
am 17.3.2009 verstorben ist.
Wir werden uns ihrer stets erinnern.
Die Mitglieder der Basisgruppe
Stadtfeld I

Von Krankheiten gezeichnet aber mit nie erlahmendem Willen für
unsere sozialistische Sache bis zu den letzten Tagen einzutreten und
bereit zu sein, das war unsere

Genossin Gisela Koch

23. September 1926

+ 05. März 2009

Wir werden Ihr Andenken in Ehren bewahren.
Die Linke
Im Namen der Gruppen
Magdeburg – Reform

Wahlbüro trifft sich

Das nächste Treffen des Wahlbüros findet am 1. April um 16.30 Uhr in
der Linkskurve statt. VertreterInnen der Wahlbereichsaktivs sind dazu
recht herzlich eingeladen. Bitte vergesst nicht die
Wahlbereichsprogramm und die Termine der Infostände im
Stadtvorstand abzugeben.
Im Anschluss am Wahlbüro tagt um 18.00 Uhr der Stadtvorstand am
gleichen Ort.

Schulung von KandidatInnen und WahlkämpferInnen:

"Das Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt und die Möglichkeiten
für kommunale Handlungsspielräume"
7. April 2009 um 17.00 Uhr
Rathaus – Stadtratsfraktion